

BAD ZUR SONNE Der letzte Ausverkauf?

Bad zur Sonne, Kindermuseum, Gruabn – wieder verscherbelt die Stadt Immobilien, diesmal im Wert von rund 25 Millionen Euro.

So wie die SPÖ/ÖVP-Regierungen der letzten Jahrzehnte, versucht auch Schwarz-Grün, das Stadtbudget mit Immobilienverkäufen zu retten. Diesmal ist das Bad zur Sonne dran, die Gruabn, das Kindermuseum und weitere Immobilien. Sie alle wechseln um 25 Millionen Euro zur Grazer Bau- und Grünlandsicherungsgesellschaft (GBG).

Der Haken an der Sache: Allein für dieses Paket muss die Stadt nun eine Million Euro pro Jahr an Miete bezahlen; insgesamt zahlt die Stadt nun 14 Millionen Euro Miete pro Jahr für verkaufte Immobilien. Außerdem ist man damit der Privatisierung einen Schritt näher gekommen, argumentiert KPÖ-Klubchefin Ina Bergmann. Was nicht unmittelbar im Besitz der Stadt ist, kann viel leichter weiterverscherbelt werden. Tatsächlich versilbert die GBG pro Jahr Immobilien um rund zwei Millionen Euro.

Die Stadtregierung hat 2002 mit dem großen Ausverkauf begonnen und seither Immobilien im Wert von 347 Millionen Euro an die GBG verkauft.



Das traditionsreiche Bad zur Sonne wurde von Nagl und Rucker an die GBG verkauft.

Die Propagandawalze von Nagl und Rucker nennt es „Haus Graz“. Aber dieses Haus wird abbruchreif gemacht: Ausgliederung ist der erste Schritt zur Privatisierung von öffentlichem Eigentum.

Im Bild: 2005 konnten Ausgliederungspläne für die Müllabfuhr verhindert werden.



Herr Bürgermeister!

Frau Vizebürgermeisterin!

Was tun Sie, wenn die Stadt nichts macht? Kanal und Müllabfuhr müssen bei der Stadt bleiben!



Kanal, Müllabfuhr und die gesamten Wirtschaftsbetriebe

Tarif- und Gebühren

So will Schwarz/Grün Budgetlöcher stopfen: Jährliche Immobilienverkäufe um 2 Mio., Ausgliederungen, Vernichtung von 700 Arbeitsplätzen. Warum die Gebühren trotzdem steigen werden.

DAS KOMMT...

Immobilienverkäufe durch GBG um 2 Mio./Jahr

Liegenschaftsverwaltung kommt zur GBG

Auslagerungen von Abfall, Straße, Grünraum, Kanal, Wasser und anderem zu den Stadtwerken

Kein Einfluss des Gemeinderats bei Gebühren und Tarifen

Personalabbau und Lohnkürzungen für künftige Beschäftigte
Leistungskürzungen

Rechnungen, die in der Schule ein „Nicht Genügend“ einbringen würden, taugen in der Grazer Kommunalpolitik scheinbar als gelungene Beispiele für Budgetsanierung. Schon seit Jahren werden die Immobilien an eine eigens für diesen Zweck gegründete Immobilientochter (Grazer Bau- und Grünlandsicherungsgesellschaft) verkauft. Diese nimmt dafür Kredite auf, für welche die Stadt haftet. Die Stadt mietet die Objekte teuer zurück (siehe links).

Bis zur „echten“ Privatisierung ist es nur ein kleiner Schritt. Denn: Um die steigenden Zinsbelastungen bestreiten zu können, muss die GBG Immobilien verkaufen – derzeit um 2 Mio. Euro pro Jahr!

Diese billige Budgetkosmetik funktioniert nur solange, bis alle Immobilien ausgelagert sind. Und was dann?

Betriebe in der Auslage

Eine neue Dimension in Sachen Budgettricks trägt den Namen „Haus Graz“. Hinter der Behauptung, die Grundversorgung für die Bevölkerung sichern zu wollen, steckt die Gefahr der Privatisierung.

Als erster Schritt sollen die städtischen Wirtschaftsbetriebe mit ihren Geschäftsbereichen Technischer Service, Management Services, Abfall, Straße, Grünraum sowie Kanal und Wasser zu den Stadtwerken ausgelagert werden. Damit stehen sie buchstäblich in der „Auslage“. Es ist nur mehr eine